

Hochkarätige Podiumsdiskussion

von Peter Müller, Mitglied der Abteilung Wilhelmsberg und des Kreisvorstandes der SPD Lichtenberg

Der Ratssaal im Rathaus Lichtenberg war am 27. April 2005 um 18 Uhr fast bis auf den letzten Platz mit Zuhörern gefüllt. Kein Wunder, denn schließlich ging es bei dieser Veranstaltung, zu der die SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg und der AK Soziales der SPD Lichtenberg eingeladen hatten, um das brisante Thema Hartz IV.

Konkret stand dabei die Arbeit des Ombudsrates im Mittelpunkt. Der Ombudsrat ist ein unabhängiges, ehrenamtliches Gremium, das die Einführung der Grundversicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II) und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt begleitet. Die Betroffenen können sich an ihn mit Eingaben und Beschwerden wenden. Wie sieht die praktische Arbeit des Rates aus und welche Konsequenzen haben die Beanstandungen der Arbeitssuchenden? Um diese, und weitere Fragen zu beantworten, war das Podium an diesem Tag hochkarätig besetzt. So standen

Rede und Antwort: **Dr. Christine Bergmann** (Mitglied des Ombudsrates und Bundesfamilienministerin a.D.), **Jörg-Otto Spiller** (Bundestagsabgeordneter), **Cornelia Großmann** (Beauftragte für Chancengleichheit der Agentur für Arbeit Berlin-Ost), **Hannelore Mouton** (Geschäftsführerin des Job-Centers Berlin-Lichtenberg und **Andreas Geisel**

(Bezirksstadtrat und Kreisvorsitzender der SPD Lichtenberg). Die Veranstaltung wurde moderiert von **Blashka Brechel** (Bezirksverordnete der SPD und Vorsitzende des AK Soziales). Dr. Christine Bergmann informierte u.a. darüber, dass sich bis jetzt von den über drei Millionen Bedarfsgemeinschaften rund 7000 schriftlich und rund 80 000 telefonisch an den Ombudsrat gewandt hätten. Dabei

nichtehelichen Beziehungen ab sofort eine Pauschale von 150 € gäbe. Ebenso können jetzt Frauen, die in Frauenhäusern leben, eine eigene Bedarfsgemeinschaft bilden. Jörg-Otto Spiller informierte darüber, dass die Zuverdienstmöglichkeiten gesetzlich geregelt werden sollen und dazu die Bundesregierung noch vor der Sommerpause eine Gesetzesvorlage einbringen werde. Außerdem wurde

von den Podiumsteilnehmern erläutert, dass vor allem Alleinerziehende viele Fragen zum Arbeitslosengeld II hätten und dass zurzeit im Bezirk Lichtenberg 510 MAE Jobs genehmigt sind. Dabei werden 60% der Kräfte für die Reinigung von Spielplätzen eingesetzt. **Ein weiteres Ziel bestehe auch darin, MAE-Kräfte zur Betreuung von Schulhöfen einzusetzen, damit diese Nachmittags als Spielplätze geöffnet werden können**. In der anschließenden, lebhaften Diskussion ging es vor allem um fehlerhafte Bescheide, schwer verständlichen Gesetzestext und schleppende Bearbeitung bis



Von links nach rechts:
Blashka Brechel, Cornelia Großmann, Christine Bergman, Jörg-Otto Spiller, Hannelore Mouton, Andreas Geisel, Kerstin Beurich

drehten sich die meisten Fragen um die Anrechnung der Renten, des Einkommens von Partnern aus nichtehelichen Verhältnissen, der unterschiedlichen Regelsätze in Ost und West, der 58er Regelung und der Unterkünfte.

Sie informierte weiterhin darüber, **dass es für Härtefälle bei der Krankenversicherung der Nichtleistungsbezieher in**

hin zu Einzelfällen.

Fazit nach gut zweieinhalb Stunden Diskussion: Hartz VI ist insgesamt der richtige Weg.

Manches muss allerdings durch Handlungen der Verwaltung verbessert werden und auch der Gesetzgeber ist jetzt in der Pflicht, aus den vorliegenden Erfahrungen zu lernen.

!!! Neuwahlen zum Deutschen Bundestag !!!

Die SPD geführte Bundesregierung hat die entscheidenden Weichen für die Zukunft gestellt. Entscheiden Sie nun selber, welches Deutschland Sie wollen:

Ein **reformfähiges aber sozial gerechtes** mit der SPD oder ein **sozial kaltes und markt-radikales** mit CDU und FDP. Es wird Zeit CDU und FDP zu stellen! Die müssen endlich Farbe bekennen. Tun Sie es auch - wählen Sie SPD!

Mehr Demokratie wagen?!!

von Barbara Flemming, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Diese Forderung Willi Brandts in der Regierungserklärung von 1969 hat sehr viele Menschen in beiden Teilen Deutschlands für die Demokratie und nicht zuletzt für die SPD begeistert.

Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes hatten die Geschichte der Weimarer Republik und den Missbrauch der Macht der Straße durch das dritte Reich vor Augen als sie die parlamentarische Demokratie festschrieben und Instrumente der direkten Demokratie für die Bundesrepublik – jedoch nicht für Länder und Kommunen – ausschlossen. Fast 60 Jahre später ist in Deutschland die Demokratie gefestigt und wird durch seine Bürger – wie zuletzt am 8. Mai in Berlin – erfolgreich verteidigt. **Viele Nachbarn in Europa haben Instrumente der direkten Demokratie in ihren Verfassungen verankert.** Man denke nur an die Schweiz! Bereits 1869 forderte die Sozialdemokratie im Eisenacher Programm eine „direkte Gesetzgebung des Volkes“. Seitdem die SPD, ab 1989 durch Jochen Vogel, mehr Bürgerbeteiligung durch direkte Demokratie einfordert, kam Bewegung in dieses lange nur auf Sonntagsreden beschränkte Engagement. 1990 führten Schleswig Holstein und Sachsen Anhalt als erste Bürgerbegehren und -entscheide auf

kommunaler Ebene ein gefolgt von den anderen Bundesländern zuletzt Hamburg 1998. Außer Berlin! **Berlin ist das einzige Bundesland das sich erst jetzt – im Jahr 2005 – anschickt, diese Instrumente verfassungsrechtlich und gesetzlich zu verankern.** Beim Vergleich der Regelungen in den verschiedenen Ländern kann man sowohl in dem möglichen Themenspektrum als auch in den Quoten für die Unterschriften für ein Bürgerbegehren und den Quoren für einen Bürgerentscheid deutliche Unterschiede erkennen. Hier gilt es, aus den Erfahrungen und Erkenntnissen der anderen Schlussfolgerungen zu ziehen. Nicht umsonst haben sowohl Bayern als auch Hamburg, die diese Möglichkeiten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene erst 1995 bzw. 1998 eingeführt haben, die liberalsten Mitbestimmungsmöglichkeiten und auch die besten Ergebnisse für die Bürger. Die von SPD, PDS, und Grünen im Abgeordnetenhaus vorgeschlagenen Änderungen der Verfassung und der gesetzlichen Regelungen würden Berlin mit Hamburg und Bayern gleichstellen. **Allerdings haben vor allem einige Mitglieder von Bezirksämtern aber auch Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen der einzelnen Bezirke Vorbehalte.** Nicht alle diese erwachsen aus dem Bemühen die Beteili-

gung der Bürger zu stärken. Natürlich könnten Entscheidungen zu Schulschließungen, bestimmte Bauplanungen, Straßenführungen, die Zukunft von kulturellen und sozialen Einrichtungen in der Zukunft von den Bürgern entschieden werden, vielleicht auch gegen die Meinung von Stadträten und Entscheidungen der BVV.

Worum geht es in Kürze u.a.:

- (1) 1% der Lichtenberger Bürger ab 16 Jahren kann einen **Einwohnerantrag** einbringen und die BVV muss dieses Thema innerhalb von zwei Monaten behandeln.
- (2) Wenn 3 % der wahlberechtigten Bürger Lichtenbergs innerhalb von 6 Monaten zu einem Thema über das die BVV entscheiden kann, mit ihrer Unterschrift ein **Bürgerbegehren** bestätigen, muss ein **Bürgerentscheid** durchgeführt werden. Bis dahin muss das Thema ruhen.
- (3) Wenn dann mindestens 15 % der wahlberechtigten Lichtenberger teilnehmen und die Mehrheit mit ja stimmt, dann **ersetzt dieser Bürgerentscheid die Abstimmung in der BVV.** Eine gute Sache für die engagierten Bürger, man denke nur an die Beschlüsse zur die Schließung des Coppi-Gymnasiums, zur Ausweitung der Verkehrsführung durch die Sangealle oder Parkproblemen im Kyllburger Weg. **Also wagen wir mehr Demokratie!!!**

Erinnern an die Zwangsvereinigung von SPD und KPD

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Mit der Roten Armee kehrte 1945 auch die KPD-Führung aus dem sowjetischen Exil zurück. Bereits im Herbst wird deutlich, dass sie die Mehrheit der Bevölkerung nicht für sich gewinnen kann.

Deshalb steuerte sie unter Kontrolle und mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsbehörden die „Verschmelzung“ von SPD und KPD an. Sie sollte der Unterwerfung der Sozialdemokratie dienen. Viele Sozialdemokraten setzen sich dagegen zur Wehr. **Im Westen Berlins gelang es nach einer Urabstimmung, die Auflösung der SPD zu verhindern.** In der

Sowjetischen Besatzungszone mussten Sozialdemokraten fortan illegal um ihre Selbstbehauptung ringen. Innerhalb und außerhalb der SED knüpften sie unter hohem persönlichen Risiko Verbindungen, um Informationen auszutauschen, sie ins Land zu bringen und ihre Genossen in Ost und West zu unterrichten. **Tausende bezahlten dies mit ihrer Freiheit. Einige mit ihrem Leben.** Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD jährt sich am 21.04.2006 zum 60. Mal.

Die Gruppe Ulbricht tagte nach Ende des Krieges im „Gasthaus Rose“ in der heutigen Einbecker Straße und legte dort den Grundstein für die Aktion. Aus diesem Grunde

finden wir eine **Erinnerung daran im Bezirk Lichtenberg wichtig und angemessen.** Wir haben deshalb einen Antrag in die Juni-BVV eingebracht, der das Bezirksamt ersucht, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem der Bezirk Lichtenberg an den 60. Jahrestag der Zwangsvereinigung von SPD und KPD erinnert.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Fraktion
in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,
Boris Schymetzko